

ANTRAG

der Fraktionen der CDU, SPD, LL/PDS und F.D.P.

Entschließung zur Parlamentarischen Konferenz der Ostseeregion

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt der im folgenden abgedruckten Entschließung der 2. Parlamentarischen Konferenz über Zusammenarbeit in der Ostseeregion vom 22. - 24. April 1992 in Oslo einschließlich der beiden Anhänge im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,
 - die während der Konferenz gegründete Parlamentarische Konferenz der Ostseeregion als die parlamentarische Basis für die Zusammenarbeit in der Ostseeregion anzuerkennen,
 - die Empfehlungen und Vorschläge der jährlich stattfindenden Parlamentarischen Konferenz der Ostseeregion zu beachten,
 - den Landtag über die Durchführung von Programmen, die der Zusammenarbeit in der Ostseeregion dienen, zu unterrichten.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat gemeinsam mit den Bundesländern Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein für
 - die Anerkennung der während der Konferenz gegründeten Parlamentarischen Konferenz der Ostseeregion als der parlamentarischen Basis für die Zusammenarbeit in der Ostseeregion durch die Bundesregierung,
 - die Erstellung von Kooperationsprogrammen zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur, der Telekommunikationssysteme und der Massenmedien in der Ostseeregion von seiten des Bundes unter Beteiligung der genannten Bundesländer

einzusetzen.

4. Der Landtag fordert die Landesregierung in bezug auf die in Nr. 2 und Nr. 3 enthaltenen Vorgaben auf, dem Landtag mindestens 6 Wochen vor Beginn der jährlichen Parlamentarischen Konferenz der Ostseeregion einen Bericht über die entsprechenden Aktivitäten zuzuleiten.

Rehberg und Fraktion

Dr. Ringstorff und Fraktion

Scheringer und Fraktion

Goldbeck und Fraktion

Begründung:

Nachdem bereits im Frühjahr 1991 Parlamentarier aller Ostseeanrainer auf Initiative des finnischen Parlaments in Helsinki während einer Konferenz Fragen der künftigen Zusammenarbeit in der Ostseeregion erörtert haben, ist nun während einer vom 22. - 24. April in Oslo stattfindenden 2. Parlamentarischen Konferenz über die Zusammenarbeit in der Ostseeregion ein entscheidender Durchbruch gelungen.

Mit Zustimmung der Delegation des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, der bereits an der ersten Konferenz in Helsinki im Jahr 1991 mitwirkte, beschloß die Konferenz in ihrer Abschlusserklärung die Gründung einer jährlich durchzuführenden Parlamentarischen Konferenz der Ostseeregion und legte in Anhang 1 das Mandat dieser Konferenz sowie deren Mitglieder fest.

Von deutscher Seite werden zu jeder Konferenz als gleichberechtigte Mitglieder der Bundestag, die Bremer Bürgerschaft, die Hamburger Bürgerschaft, der Landtag von Schleswig-Holstein und der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern eingeladen.

Somit können die Interessen des Landes Mecklenburg-Vorpommern während der kommenden Konferenzen unmittelbar vertreten werden. Die beigelegten Dokumente machen deutlich, daß in Zukunft nahezu alle wichtigen Politikfelder angesprochen werden. Möglichkeiten zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, der Telekommunikation und der Massenmedien wurden bereits in Oslo erörtert (Anhang 2). Hauptthema der Helsinkikonferenz des Jahres 1991 war der Schutz der Umwelt.

Die in Oslo teilnehmenden Delegationen wurden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß die Konferenzentschließung von den entsendenden Parlamenten angenommen wird und Schlußfolgerungen für die eigene parlamentarische und landespolitische Tätigkeit gezogen werden.

Die vorliegende Entschließung dient diesem Zweck. Sie legt dar, welche Beschlüsse durch die Kompetenzen des Bundeslandes verfolgt werden können und in welchen Fragen Bundesratsinitiativen erforderlich sind. Außerdem fordert die Entschließung die Landesregierung auf, ihrerseits die Parlamentarische Konferenz der Ostseeregion anzuerkennen.